

7. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 8. Oktober 1947.

128/J Anfrage

der Abgeordneten S t a m p l e r, F o r s t h u b e r, R o m u n d
Genossen

an den Bundesminister für Verkehr,
betreffend die Freigrenze für ermäßigte Arbeiterfreikarten.

Durch das am 1. August abgeschlossene Lohn- und Preisübereinkommen ist das Einkommen der meisten Arbeiter über die bis zum 1. August geltende Freigrenze von S 600.-- hinaufgestiegen. Verschiedene Privatbahnen, auch Landesbahnen, beharren weiterhin, da eine Änderung dieser Freigrenze durch Verordnungen nicht erfolgt ist, auf den bis zum 1. August geltenden 600.-S. Dadurch ist die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten, welche die Bahn zu benutzen gezwungen sind, durch die Zahlung des vollen Fahrpreises stark geschädigt.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister folgende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, die Freigrenze zur Ermäßigung der Arbeiterfahrkarten durch Verordnung entsprechend dem am 1. August abgeschlossenen Lohn- und Preisübereinkommen hinaufzusetzen?
